

Anfrage Nr. 103

der Abgeordneten Dr. Frey und Genossen

betr. Lage der deutschen Landwirtschaft und des Gartenbaues.

Mit Beschluß gemäß Drucksache 808 hat der Bundestag die Bundesregierung einstimmig ersucht, alle Maßnahmen zu treffen, damit der aus eigener Initiative in Gang gekommene Wiederaufbau der Landwirtschaft und des Garten- und Obstbaues keine Unterbrechung erfährt, sondern mit Beschleunigung, besonders angesichts des Jahres 1952, durchgeführt werden kann.

Die Bundesregierung wird um Auskunft ersucht, welche Maßnahmen sie aufgrund dieses Beschlusses getroffen hat:

1. damit der Wiederaufbau der Landwirtschaft und die Hebung ihrer Erzeugungsleistung keine Unterbrechung erfährt;
2. um eine Beschleunigung des Wiederaufbaues herbeizuführen.

Die Lage auf dem deutschen Obst- und Gemüsemarkt hat durch unregelte Importe zu einer schweren Absatzkrise der Erzeugnisse des deutschen Gartenbaues geführt. Die gleichen Erscheinungen treffen für den Absatz der deutschen Wollproduktion, der Hammelfleischerzeugung und anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu.

Die Bundesregierung wird um Auskunft ersucht, welche Maßnahmen sie getroffen hat, um die Einfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse, sowie die Abmachungen in den Handelsverträgen so zu steuern, daß die Steigerung der Inlandserzeugung und -verarbeitung durch Importe keine Störung erfährt? Trifft es zu, daß im 1. Halbjahr 1950 bereits doppelt soviel Obst, Gemüse und Gartenbauerzeugnisse eingeführt wurden wie im Jahre 1949?

In Drucksache Nr. 1000, Anlage 4, wird als Schätzung der Geldbilanz der Landwirtschaft nach Buchführungsabschlüssen von Betrieben über 5 ha für das Jahr 1949/50 einem Reinertrag von 75,- DM/ha eine Belastung (Zinsen + persönliche Steuern + Soforthilfe) von 93,- DM/ha gegenübergestellt, so daß ein Saldo von Minus 18,- DM/ha auftritt.

Die Bundesregierung wird um Auskunft ersucht, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Arbeit wieder schnellstens eine angemessene Rente zu ermöglichen.

Untersuchungen haben ergeben (vergl. dt. landw. Informationsdienst), daß die landwirtschaftliche Verschuldung vom 26. Juni 1948 bis 1. Juli 1949 um 610 Millionen DM auf 3,09 Milliarden DM, d. h. um 24,6 % zugenommen hat. Bei den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben bis 20 ha betrug die Zunahme der Verschuldung sogar 63 %, bei den Betrieben zwischen 20 und 100 ha 31 %. Durch die wesentliche Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft in der Zeit vom 1. Juli 1949 bis 30. Juni 1950 ist mit einer erheblich größeren Steigerung der Verschuldung von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben im Wirtschaftsjahr 1949/50 zu rechnen.

Da die Zunahme der Verschuldung trotz größter Anstrengungen der Landwirtschaft zur Steigerung ihrer Produktion und der damit verbundenen höheren Ernten eintrat, wird die Bundesregierung um Auskunft ersucht, was sie zu tun gedenkt, um der Landwirtschaft für ihre Produktion Preise zuzubilligen, die den Gestehungskosten zusätzlich einer angemessenen Kapitalrente entsprechen?

Durch welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung den deutschen Obst- und Gartenbau zu sichern, zu erhalten und zu fördern?

Insbesondere wird die Bundesregierung um Auskunft darüber ersucht, was sie zu tun gedenkt, um die Milchwirtschaft als Eckpfeiler der bäuerlichen Betriebe zu erhalten und um die Milchpreise beim Erzeuger den vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten anerkannten Gestehungskosten anzugleichen.

Bonn, den 14. Juli 1950

Dr. Frey
Leibfried
Revenstorff
Glüsing
Eichner
Dr. Glasmeyer
Schmidt (Bayern)
Bauknecht
Mayer (Rheinland-Pfalz)

Brese
Struve
Schill
Hohl
Neber
Dannemann
Dr. Kneipp
Schulze-Pellengahr